



Prof. Dr. Alexander S. Kritikos, Forschungsdirektor im Bereich Vorstand des DIW Berlin
Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Griechenland: Im neunten Jahr des Stillstands

Auf Athens zentralem „Platz der Verfassung“ wurde kurz vor Weihnachten ein Riesenrad aufgestellt, um den krisengeplagten BürgerInnen ein wenig Unterhaltung zu verschaffen. Allein, es wurde nicht in Betrieb genommen: Der griechische TÜV hatte keine Freigabe erteilt. So verbreitete für Wochen ein stilles Monster auf diesem lebendigen Platz gespenstische Stimmung, bevor es wieder abgebaut wurde.

Die Geschichte ist Sinnbild für das Ende des jüngsten Eurogruppen-Treffen. Obwohl die Freigabe der nächsten Tranche des dritten Hilfsprogramms seit Oktober letzten Jahres ansteht, bleiben Griechenland weitere Milliardenzahlungen erstmal vorenthalten. Die Regierung Tsipras hat zwar erneut die Steuern erhöht, die Gläubiger verlangen aber weitere Reformen etwa auf dem Arbeitsmarkt.

Das regungslose Riesenrad steht auch als Symbol für Griechenlands Wirtschaft. Die EU-Kommission verkündet zwar regelmäßig, der Wendepunkt sei erreicht, und stellt ein Wirtschaftswachstum von drei oder vier Prozent in Aussicht. Tatsächlich herrscht seit 2008 Stillstand, eine Blamage für die griechischen Regierungen wie für die EU und ihre Institutionen.

Die Verhandlungen zwischen den Verantwortlichen werden immer mühseliger. Eine wirkliche Vorstellung, wo Griechenland in fünf oder zehn Jahren stehen soll, hat niemand. In Brüssel möchte man das Thema weg von der Tagesordnung haben, dort steht „wichtigeres“ an. Und so lobt die Euro-Gruppe jede Verabschiedung weiterer Gesetzesvorhaben in Griechenland, seien sie auch noch so unsinnig – zum Beispiel die mehrfachen Erhöhungen zahlreicher Steuern. Hauptsache Griechenland produziert keine neuen Schulden sondern einen Primärüberschuss, egal, ob die private Wirtschaft dadurch erstickt. Auf griechischer Seite werden diese Reformen halbherzig durchgeführt und gleichzeitig verkündet, man glaube nicht an ihren Erfolg. Problem nur: Genau diese Regierung hat die Vereinbarungen ausgehandelt und unterschrieben.

Gleichzeitig droht neues Ungemach. Seit Jahresbeginn werden in Griechenland die Bankkonten wieder leer geräumt, bislang um knapp drei Milliarden Euro – ein klares Zeichen dafür, dass die Unsicherheit wieder zunimmt und Investitionen weiterhin ausbleiben. Aber die Gläubiger streiten lieber untereinander und mit Griechenland über die Beteiligung des Internationalen Währungsfonds (IWF) am Rettungsprogramm oder, mal wieder, über einen möglichen Schuldenschnitt. Kritische Diskussionen über Sinn und Unsinn der Reformen der letzten acht Jahren finden nicht statt.

Seit Jahren schwächelt zum Beispiel der griechische Bankensektor. Dort lagern rund € 100 Milliarden an so genannten „roten Krediten“, in erster Linie Immobilienkredite, die nicht mehr getilgt werden. Die Besteuerung von Immobilien sollte, so die Hoffnung der Gläubiger, eine neue Einnahmequelle für den griechischen Staat darstellen. Leider brach dadurch der ohnehin schon durch die Krise gebeutelte Immobilienmarkt völlig zusammen, das Vermögen vieler Menschen ist dahingeschmolzen. Eigentümer können ihre Immobilien nicht verkaufen, weil die Nachfrage völlig weggebrochen ist. Und so begleichen sie ihre Steuern, sofern sie das noch können, bedienen aber ihre Kredite nicht mehr. Der Staat nimmt Steuern ein, gleichzeitig entsteht aber im Bankensektor ein viel größeres Finanzierungsloch. Die Banken gewähren in der Folge Unternehmen kaum mehr Kredite, einer der vielen Gründe, warum die Wirtschaft weiter lahmst. Um das Wachstum anzukurbeln, müsste man die Immobiliensteuer drastisch senken.

Die Eurogruppe hat immerhin Bewegung in die Verhandlungen gebracht. Man möchte wieder miteinander, nicht übereinander reden. Die Gläubiger haben „mehr Reformen, weniger Austerität“ ausgerufen, vielleicht werden endlich die entscheidenden Reformen angegangen, die Griechenland hoffentlich ein zehntes Jahr des Stillstands ersparen.

Eine längere Fassung dieses Kommentars ist am 21. Februar bei Focus Online erschienen



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
84. Jahrgang

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Johanna Möllerström, Ph.D.
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Redaktion

Renate Bogdanovic
Dr. Franziska Bremus
Prof. Dr. Christian Dreger
Sebastian Kollmann
Ilka Müller
Mathilde Richter
Miranda Siegel
Dr. Alexander Zerrahn

Lektorat

Dr. Kai-Uwe Müller

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304
ISSN 1860-8787 (Online)

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.